

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Einkommensrunde 2018

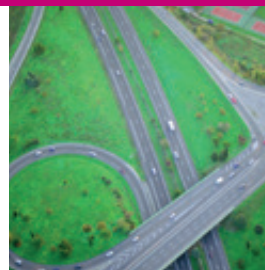
Seite 3

dbb fordert 6 %, mindestens 200 €



Tarifeinheitsgesetz
Klage vor dem EGMR

Seite 8



Hintergrund
Bundesfernstraßen-
verwaltung

Seite 12

Inhalt

Editorial 2

Einkommensrunde 2018 3

Tarifthemen 4

Land Hessen Infrastrukturgesellschaft

Gespräch dbb und VKA

Geschäftsführung BTK

Bundesagentur für Arbeit

Gespräch Hessisches Innenministerium

Flughafen Stuttgart

Kommunaler Nahverkehr Berlin

Buchvorstellungen 7

Thema 8

Branchentage 10

Hintergrund 12

Bundesfernstraßenverwaltung
Eingruppierung

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss: 8. Februar 2018



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,

Verantwortlich: Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz

Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt

Bildnachweis: Titel: Marco Urban, Colourbox.de, Colourbox.de, S.2: Marco Urban S.3: Friedhelm Windmüller, S.4: VKA, S.5: dbb, dbb, S.6: dbb, S.8: Colourbox.de, S.12: Colourbox.de, S.13: Jens Stolt (Colourbox.de), S.15: dbb, S.16: Marco Urban

Telefon: 030.40 81-5400, **Fax:** 030.40 81-43 99

E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de

Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165,

10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0

Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Fax: 02102.74023-99, mediacenter@dbbverlag.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

tacheles · 1/2 · Januar/Februar 2018

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



In ein paar Tagen sind die neue Geschäftsführung der Bundestarifkommission, die neue Bundesleitung und also auch der neue Fachvorstand Tarifpolitik 100 Tage im Amt. Dass ein neuer Bundestag gewählt wurde, wird demnächst fünf Monate her sein. Diese beiden Ereignisse mögen vielleicht nicht viel miteinander zu tun haben, obwohl wir für unsere Einkommensrunde 2018 mit Bund und Kommunen schon auch gerne wüssten, wer nun Verhandlungsführer für den Bund sein wird. Ansonsten fasziniert mich an dieser Gegenüberstellung zweier Ereignisse

die völlig unterschiedliche Wahrnehmung von Zeit und Geschwindigkeit. Wir leisten es uns in einer der größten Industrienationen der Welt, nahezu ein halbes Jahr auf gestaltende Regierungspolitik zu verzichten.

Das ist ein Umstand, dem man leicht mit Zynismus begegnen kann. Man kann sicherlich auch achselzuckend feststellen, dass dieser Stillstand in der Lebenswirklichkeit der meisten Bundesbürger kaum eine Rolle spielt oder zu spielen scheint. Man kann aber auch konstatieren, dass eine hervorragende Verwaltung dafür sorgt, dass Sicherheit, Bildung, Pflege und all die anderen Leistungen unseres öffentlichen Dienstes dabei helfen, politischen Stillstand nicht gleich auf den Alltag der Menschen durchschlagen zu lassen. Diese enorme Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Deutschland hat sich in den letzten Jahren schon bei der gelungenen Bewältigung der Herausforderung mit der Asylthematik gezeigt. Öffentlicher Dienst muss sein! Eher mehr als weniger, wenn man die Erfahrungen der letzten Jahre zugrundelegt. Eigentlich müsste darüber Klarheit im Land herrschen. Allerdings wird uns die anstehende Einkommensrunde vor Augen führen, dass viele Arbeitgeber noch immer der Meinung sind, dass auch im öffentlichen Dienst das ALDI-Prinzip gelten soll: Gute Leistung bei kleinen Preisen.

Gegen gute Leistung haben wir nix, aber das mit den kleinen Preisen beziehungsweise kleinen Löhnen geht natürlich nicht. In diesem Sinne sind unsere 6 Prozent auch keine bescheidene, aber sie sind auch keine anmaßende Forderung. Und sie sind gut zu begründen. Ausführlich haben wir das in einem Sonderheft zur Einkommensrunde gemacht, das auf unseren Sonderseiten zur Einkommensrunde auf www.dbb.de/einkommensrunde2018 zur Verfügung gestellt ist. Informiert Euch! Und wenn es nötig wird: Unterstützt unsere Aktionen während der Einkommensrunde!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Volker Geyer

dbb fordert linear 6 % mehr

Leistungsdividende eingefordert!

„Unser Land befindet sich in einem wirtschaftlichen Dauerhoch und die öffentliche Hand erzielt die größten Überschüsse seit Jahrzehnten. Und jeder sieht, dass die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahre, die Stabilität und das Wachstum in unserem Land mit dem öffentlichen Dienst, mit der Leistung und dem Fleiß seiner Beschäftigten zu tun haben. Von daher ist unsere Sechs-Prozent-Forderung die Forderung nach einer Leistungsdividende“, fasst dbb-Tarifchef Volker Geyer Forderungsdiskussion und Forderungsbeschluss des dbb zusammen.

In gemeinsamer Sitzung der zuständigen Gremien hat der dbb am 8. Februar 2018 seine Forderungen zur Einkommensrunde 2018 mit Bund und Kommunen beschlossen.

Die Forderungen im Detail

- Lineare Entgelterhöhung von 6 %, mindestens jedoch 200 Euro
- Laufzeit: 12 Monate
- Azubis:
 - 100 Euro Entgelterhöhung
 - Verbindliche Zusagen zur Übernahme
 - Tarifierung einer Ausbildungsvergütung für betrieblich-schulische Ausbildungsgänge
- 20 % Nachtarbeitszuschlag auch im Besonderen Teil Krankenhäuser

Weiterhin wollen wir

- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des linearen Abschlusses auf die Bundesbeamten

- Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA
- Erhöhung des Wechselschicht- und Schichturlaubs
- 20 % Zuschlag für Samstagsarbeit auch im Besonderen Teil Krankenhäuser
- Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschichtarbeit auch in den Besonderen Teilen Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- Zusage, auf regionaler Ebene über ein kostenloses landesweites Nahverkehrsticket zu verhandeln
- Erhöhung des Urlaubs für Auszubildende um einen Tag
- Verbesserung der Regelungen zur Kostenübernahme des Auszubildenden beim Besuch auswärtiger Berufsschulen
- Verhandlungszusage über Erweiterungen der Regelungen für leistungsge minderte Beschäftigte
- Fortschreibung der Regelungen zur Altersteilzeit

Forderung auch für Bundesbeamte – ohne Wenn und Aber

Friedhelm Schäfer, Fachvorstand Beamtenpolitik im dbb, machte deutlich, dass die Sechs-Prozent-Forderung ohne Wenn und Aber auch für die Bundesbeamten gilt. „Wir erwarten die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich, weil die Bundesbeamten jeden Cent der geforderten Erhöhung wert sind. Und wir erwarten, dass der Bund sich früh und eindeutig positioniert.“



Auch die Arbeitgeber brauchen einen Abschluss mit Perspektive

Gegenüber der Presse stellte dbb-Chef und dbb-Verhandlungsführer Uli Silberbach klar, dass die Verhandlungen sicherlich kein Spaziergang werden und dass der dbb jederzeit kampagnenfähig ist. „Aber eigentlich müssten die Arbeitgeber von Bund und Kommunen verstanden haben, dass auch sie einen vorzeigbaren Abschluss brauchen, der Perspektiven bietet. Immer häufiger nämlich machen junge Menschen einen Bogen um den öffentlichen Dienst, immer häufiger wechseln gut qualifizierte Fachkräfte vom öffentlichen Dienst in die Privatwirtschaft und immer häufiger können Krankenhäuser, Kitas oder Verwaltungen wegen Personalmangel die von der Politik versprochenen Leistungen nicht im gewünschten Maße erbringen. In diesem Sinne sehen wir die Einkommensrunde 2018 als Chance an, gemeinsam mit Bund und Kommunen Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Personalinvestitionen sind hierbei die besten Investitionen.“

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben drei Verhandlungsrunden vereinbart. Die erste Runde findet am 26. Februar 2018 in Potsdam statt. Unter www.dbb.de/einkommensrunde2018 informieren wir zeitnah und umfassend. ■



Forderungsabstimmung